

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.80 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18088.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Pettizeile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Pettizeile mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Pettizeile Familienanzeigen 1.40 Mk.
Die Reklame-Pettizeile 6.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Sieg der Arbeiterschaft in Berlin!

Rücktritt Noskes und Heines. — Keine Angriffe auf bewaffnete Arbeiter im ganzen Reich. — Einwohnerwehr mit zwei Dritteln organisierter Arbeiter!

Was die Berliner Arbeiter erkämpft haben!

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Streik wurde für das Reich für beendet erklärt gemeinsam vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Ufa, dem Deutschen Beamtenbund, der Berliner Gewerkschaftskommission, der S. P. D. und der U. S. P., nachdem die Regierung folgende Erklärung abgegeben hatte:

Alle Truppen werden in Berlin, von den Vororten und den Straßen zurückgezogen, mit Ausnahme des Regierungsviertels.

Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

Noske und Heine sind zurückgetreten. Auf die bewaffneten Arbeiter wird, insbesondere im Ruhrgebiet, kein Angriff unternommen, im Fall ihrerseits kein Angriff gemacht wird. Es wird mit der Regierung im Ruhrgebiet verhandelt werden; falls die Verhandlungen scheitern, werden die Arbeiterparteien um ihre Vermittlung ersucht werden.

In die Sicherheitswehr werden organisierte Arbeiter, die von den Gewerkschaften auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden, zu zwei Dritteln eingestellt.

Die preussische Regierung wird noch heute mit den Organisationen in Verbindung treten, um die technischen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Diese neun Punkte, die die Gewerkschaften aufgestellt haben, wurden von der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig akzeptiert, und die sozialdemokratische Fraktion hat die Verpflichtung übernommen, an keiner Regierung teilzunehmen, die nicht auf dem Boden dieser Forderungen steht. Die U. S. P. D. ihrerseits erklärt, daß sie diese Forderungen als Mindestforderungen betrachtet, deren Durchsetzung sie unterstützen würde, wenn auch ihre eigenen Forderungen darüber hinausgehen. Alle Vertreter der Gewerkschaften erklärten, daß auf Grund dieser Zugeständnisse die Beendigung des Streiks einheitlich und geschlossen erfolgen würde. Der Streik sei unter keinen Umständen länger mit gleicher Wucht fortzuführen, und man müsse sonst mit einem langsamen Abbröckeln rechnen, was unter allen Umständen eine Entmutigung und eine längere Kampfunfähigkeit der Arbeiterschaft zur Folge haben könnte. Würde dagegen der Streik einheitlich von allen Organisationen und den Parteien abgebrochen werden, so sei es möglich, bei Bruch oder Nichterfüllung der Zusage die Arbeiterschaft neuerdings zum Kampfe aufzurufen. Unter diesen Umständen erklärte auch das Zentralkomitee der U. S. P. D. seinen Anschluß an die gemeinsame Beendigung des Streiks, nachdem im Beschluß ausdrücklich festgestellt worden war, daß alle unterzeichneten Arbeiterorganisationen sich verpflichten, die Arbeiter neuerdings zum Kampfe aufzurufen, falls eine der Zusagen nicht erfüllt werden sollte.

Dieser glänzende Sieg der Berliner Proletarier ist für die Arbeiterschaft des ganzen Reichs erspöcklich. Er wendet die Situation zugunsten der Arbeiterklasse und wird auch den gegenwärtigen Herren in Leipzig, den Militärs, zur heilsamen Beschränkung in der Ausnutzung ihres „Siegessparaten“ raten!

Teilweise Arbeitsaufnahme in Berlin.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Arbeit wurde gestern nur in einem sehr geringen Teil der Betriebe wieder aufgenommen. Die Gaswerke funktionieren noch nicht, die Zeitungen konnten noch nicht erscheinen. Hier wie bei der Straßenbahn und bei der Hoch- und Unterterrgrundbahn wird der Streik wegen Lohnforderungen fortgesetzt. In der Stadt werden zahlreiche Verlastete transportiert von der Bewaffnung einer roten Armee und angeblichen Putzversuchen. Ge-

wisse Kreise sind augenscheinlich eifrig bemüht, in Bolschewisten Schreck zu machen. In den westlichen Vororten wurden viele Flugblätter verbreitet, in denen zum Zusammenstehen gegen die von radikaler Seite drohende Gefahr aufgefordert wird.

Aufhebung der Standgerichte in Berlin.

Berlin, 23. März. Der Reichspräsident hat im Vertrauen darauf, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gefährdet werden, die sofortige Aufhebung der Standgerichte in Groß-Berlin angeordnet.

Standrechtlicher Terror in Köpenick.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Köpenick wurden am Sonntag nachmittags mehrere Personen standrechtlich erschossen, darunter auch der Führer der Unabhängigen, Genosse Futran. Genosse Futran hatte sich in den vorhergehenden Tagen, nachdem die Regierung Kapp gestützt war, persönlich dafür eingesetzt, daß die bewaffneten Arbeiter ihre Waffen an die Reichswehr abliefern. Auch sonst war Genosse Futran stets für eine Verständigung und Mäßigung eingetreten. Trotzdem wurde er plötzlich von einziehenden Truppen am Sonntag verhaftet und binnen weniger Stunden standrechtlich hingerichtet.

Neue Standrechtselelen bei Berlin.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Friedrichshagen bei Berlin kam es am Sonntag beim Einmarsch von Truppen zu heftigen Kämpfen, da die Arbeiter den Ort verbarrikadiert hatten. Nachdem die Truppen eingezogen waren, wurden sehr viele Personen — es werden hundert genannt — verhaftet, angeblich, um erschossen zu werden. Ueber ihr Schicksal ist jedoch nichts Näheres bekannt.

Aus Adlershof bei Berlin wird gemeldet, daß es dort zu einem Kampfe zwischen Kommunisten und dem Militär gekommen ist, wobei es auf beiden Seiten Tote gegeben hat. Mehrere Kommunisten sind standrechtlich erschossen worden. Die ausgegebene Parole, den Streik abzubrechen, wird von der U. S. P. und der S. P. D. nicht beachtet. Die Anhänger dieser Parteien sammeln sich. Das Militär erwartet einen großen Kampf.

Die Opfer der Gothaer Kämpfe.

Gotha, 23. März. Zu den Kämpfen in Gotha, das von jeder Verbindung abgeschnitten ist, macht das Kommando des hiesigen Reichswehrbataillons die Mitteilung, daß die Reichswehrruppen in Gotha bei den Kämpfen 10 Tote, 24 Verwundete und 9 Vermisste hatten. Die Verluste der ausländischen Arbeiter belaufen sich auf über 1000 Mann. (?)

Ein Zug der Zeitfreiwilligen nach Chemnitz?

Von Zeitfreiwilligen der 15. Kompanie wird erklärt, daß dem Regiment jetzt einige Tage Urlaub gegeben seien und daß es dann nach Chemnitz marschieren werde, um dort die „Ruhe und Ordnung wiederherzustellen“.

Wir fragen die militärischen Stellen, ob diese Neuherungen die Wahrheit sagen? Wird geplant, mit Zeitfreiwilligen — den erbittertesten Feinden der Arbeiter — in das durchaus friedliche Chemnitz einzurücken, wo die Ruhe und Ordnung durch die Arbeiterschaft in muster-gültiger Weise gewahrt, wo die Arbeit zudem längst wieder aufgenommen ist?

Was ein solcher Marsch auf Chemnitz jetzt bedeuten würde, das steht für jeden Denker fest.

Wird die künftige Regierung einen solchen gefährlichen Schritt zulassen? Will sie die Verantwortung dafür übernehmen?

Wer hat das Volkshaus angezündet?

Auf unsere gestrigen Fragen, auf unsere schweren Anfragen gegen die Truppen der Volkshaus-Expedition und gegen den Rittmeister Merz, im besonderen ist bisher weder vom Brigadefeldkommando noch von der Presse der bürgerlichen Parteien irgendeine Neuherung erfolgt. Ja, die bürgerlichen Blätter Leipzigs haben nicht einmal gewagt, ihren Lesern unsere Angaben mitzuteilen, abgesehen vom Leipziger Tageblatt, das aber auch nur eine schüchterne Andeutung allgemeiner Art macht und die präzisen Tatsachen, die wir zu Beweise gestellt haben, vorsätzlich umgeht. Diese Verschönerung des Schweigens sind wir von der bürgerlichen Presse Leipzigs gewöhnt. Sie wundert uns nicht mehr. Immerhin hätte man meinen können, daß die besondere, gespannte Situation einmal eine Abweichung von dieser traurigen Taktik hätte veranlassen können.

Das Brigadefeldkommando schweigt also bisher zu unsern Anfragen in Nr. 40. Wir und die Öffentlichkeit erfahren vorläufig nicht, ob eine Untersuchung gegen den Rittmeister Merz eingeleitet ist. Dagegen äußert sich der Chef des Generalstabs zu einigen Behauptungen unserer Nummer 39 vom Sonntag in einem Schreiben, das er irrtümlicherweise als eine Berichtigung nach § 11 des Preßgesetzes ansieht. Da die Zuschrift gegen die Bestimmungen des Preßgesetzes verstößt — sie enthält im Widerspruch zu diesen Bestimmungen Urteile, während sie nur Tatsachen feststellen dürfte —, so wären wir berechtigt, sie ohne weiteres in den Papierkorb zu versenken. Wir sehen aber davon ab, weil wir ein Interesse daran haben, diese Neuherungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die hierher gehörige — die andern geben wir an anderer Stelle — lautet:

In Nr. 39 der Leipziger Volkszeitung vom 21. 3. 20 wird dem Militärbefehlshaber der Kreishauptmannschaft Leipzig die Neuherung zugesprochen, daß das Volkshaus vom Mob angezündet worden sei. General Senft v. Pilsach hat diese oder eine ähnlich lautende Neuherung nicht getan. Nützlich ist hingegen die an gleicher Stelle der Volkszeitung vermerkte Neuherung des Militärbefehlshabers, wonach für das Militär kein Anlaß zur Zerstörung des Volkshauses vorliegen hat.

Der Herr General hat also nicht den Mob der Brandlegung im Volkshaus beschuldigt. Er erklärt weiter, daß das Militär keinen Anlaß zur Zerstörung des Volkshauses hatte. Darüber scheinen Herr Rittmeister Merz und seine Spießgesellen indes anderer Ansicht zu sein. Und die zahlreichen Neuherungen von Reichswehroffizieren, die wir schon gemeldet haben und von denen wir weiter unten noch nach den Bekundungen von Feuerwehrläuten eine ganze mißbrauchte Blütenlese bringen, zeigen, daß die Gesinnung des Rittmeisters Merz unter seinen Truppen stark verbreitet war, daß sie starken Anlaß zu haben glaubten, die Zerstörung des Volkshauses zu wünschen und zu betreiben.

Bemerkenswert ist ferner an dieser Erklärung, daß die Angabe der amtlichen Brigadeberichte, wahrscheinlich sei der Brand auf Entzündung ausströmenden Gases aus einer geschlossenen Gasleitung zu erklären, nicht mehr vorgetragen wird. Diese Angabe erscheint also offenbar selbst dem Brigadefeldkommando für zu unwahrscheinlich, als daß sie noch Eindruck auf die Öffentlichkeit machen könnte.

Ueber das Verhalten der Merz-Truppen gibt das folgende Protokoll Auskunft, daß die Aussagen einer ganzen Anzahl von Feuerwehrläuten, die bei der zum Löschen des Volkshausbrandes ausrückenden Kolonne waren, wiedergibt:

Auf der Fahrt zum Volkshaus wurden wir am Neuen Rathhaus durch Zeitfreiwillige und Reichswehr aufgehalten. Dieser Aufenthalt dauerte wenigstens 10 Minuten. Dort sind folgende Neuherungen gefallen von Seiten vorgenannter Truppen: „Nacht ja die Bude herunterbrennen.“ In weiteren Neuherungen, auf welche ich nicht mehr wörtlich beschreiben kann, legen sogar verdeckte Drohungen für den Fall, daß wir löschend einwirken würden. Erst nach längerem Verhandlung unserer Branddirektors mit dem im Rathhaus befindlichen Major wurde uns das Weiterfahren zur Brandstätte unter Mitgabe eines Oberleutnants der Reichswehr gestattet. Auf der ganzen Fahrt bis zur letzten Vorkette, wo der Oberleutnant das Fahrzeug verließ, hielten immerwährend Neuherungen oben beschriebener Art. Am Rathhausplatz stellte sich dem Löschzug ein Hauptmann der Reichswehr mit vorgehaltener Revolver in den Weg mit

Landtag